



**Hamburger  
Energiewerke**

## **Hamburger Energiewerke GmbH**

Geschäftsbereiche

„Erzeugung & Integration Drittwärme“,  
„Wärmenetze & Dezentrale Erzeugung“ sowie  
„Engineering“

### **Bewerbungsunterlagen**

(Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb)  
zur Ausschreibung

### **Rahmenvertrag über die Erbringung von Baustrom- und Baubeleuchtungsleistungen**

Vergabenummer: JE15018197

**Teilnahmeantrag von:**

**Hinweis:**

Diese Bewerbungsunterlagen und die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zwingend zu verwenden. Bitte reichen Sie Ihre Unterlagen für den Teilnahmeantrag unbedingt in der Reihenfolge der Checkliste des Anschreibens ein. Bitte verwenden Sie zudem die in der Bekanntmachung genutzten Nummerierungen (Register bzw. PL1..., WL1..., TL1...).

**Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über den Link in Ziffer 5.1.12 der EU-Auftragsbekanntmachung zu übermitteln!**

**<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DL7MA4K>**

## **In diesen Bewerbungsunterlagen enthaltene Formulare und Formblätter**

*Hinweis: Für eine ausführliche Beschreibung der Register und Anforderungen vgl. Abschnitt III.1 der EU-Bekanntmachung sowie Dokument „Mindestbedingungen zur Eignung des Bieters“!*

1. Teilnahmeantrag
2. Erklärung der Bewerbergemeinschaft (falls zutreffend)
3. Eigenerklärung zur Darstellung des Unternehmens [PL1]
4. Eigenerklärung zur Tariftreue und Einhaltung des Mindestlohns [PL3]
5. Eigenerklärung zu Artikel 5 k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 [PL4]
6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL7]
7. Drei Referenzangaben für das Los 1 „Erzeugung & Integration Drittwärme“ [TL3A]
8. Drei Referenzangaben für das Los 2 „Wärmenetze & Dezentrale Erzeugung“ sowie „Engineering“ [TL3B]
9. Eigenerklärung über die Auftragsabwicklung (gesamte Vertragsabwicklung einschließlich Dokumentation und Schriftverkehr) in deutscher Sprache [TL4]
10. Benennung von Nachunternehmern (falls zutreffend)
11. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (falls zutreffend)

**Nicht in diesen Bewerbungsunterlagen enthaltene Vorlagen – diese sind gesondert als eigene Anlagen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen**

- ☐ Aktueller Eintrag aus dem Berufs- oder Handelsregister [PL2]
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung einer Krankenkasse [PL5]
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes [PL6]
- ☐ Vorlage einer aktuellen Auskunft einer Geschäftsbank des Bewerbers über die wirtschaftlichen Verhältnisse, zur Kreditwürdigkeit und zur Zahlungsfähigkeit oder einer Wirtschaftsauskunft, z.B. Creditreform oder vergleichbar [WL1]
- ☐ Nachweis einer (Betriebs-) Haftpflicht-Versicherung im industrieüblichen Standard als Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden aufgrund oder im Zusammenhang mit der Durchführung der Lieferungen und Leistungen einschließlich Produkthaftung und erweiterter Produkthaftung mit einer Mindestdeckungssumme von EUR 5.000.000 pro Schadenereignis bei zweifacher Jahresmaximierung während der Laufzeit dieses Vertrags (einschließlich der Mangelhaftungsfrist) oder Erklärung, dass eine solche Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird [WL2]
- ☐ Aktuelles gültiges Zertifikat zu einem bestehenden Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001 oder über ein vergleichbares Zertifizierungssystem [TL1]
- ☐ Aktuelles gültiges Zertifikat zu einem bestehenden Arbeitsschutz- & Gesundheitsschutz-Managementsystem nach DIN ISO 45001 oder über ein vergleichbares System [TL2]
- ☐ Nachweis über die Eintragung in das Installateurverzeichnis des örtlichen Netzbetreibers am Standort Hamburg (z.B. Kopie Installateurausweis). Alternativ kann eine Eigenerklärung eingereicht werden, dass im Bedarfsfall ein Gastzugang beim örtlichen Netzbetreiber beantragt wird. [TL5]
- ☐ Nachweis über die Zulassung des Bewerbers, dass dieser an Verteilungen und Stützpunkten des örtlichen Netzbetreibers der Stadt Hamburg seine Baustromschränke anschließen und in Betrieb nehmen darf, inkl. Schaltberechtigung [TL6]

Für Bewerbergemeinschaften gilt Folgendes: Die Nachweise PL1 bis PL7 und WL1 bis WL2 sind von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Die Nachweise TL1 bis TL6 müssen nur von der Bewerbergemeinschaft insgesamt und mithin nur von einem Mitglied vorgelegt werden.

Sind dabei die Mindestbedingungen bereits bei einem Kriterium nicht erfüllt, wird die Bewerbung nicht berücksichtigt. Zum Einsatz von Nachunternehmern und denen für Nachunternehmer vorzulegenden Nachweise (auch hinsichtlich der Eignungsleihe) siehe Ziff. 5 der Teilnahmebedingungen zum Teilnahmewettbewerb.

**Hinweise:**

Gültigkeit: Eingereichte Dokumente der Punkte WL1, PL2, PL5 und PL6 dürfen nicht älter als 6 Monate sein.

TL3A und TL3B: Hierbei muss der Kostenanteil der Leistung im Bereich Baustrom- und Baubeleuchtungsleistungen für die Bewertung der Referenzen klar erkennbar und über Benennung von Kontaktpersonen nachprüfbar sein.

## 1. Teilnahmeantrag

Name und Anschrift des Bewerbers

_____	Ort: _____
_____	Datum: _____
_____	Telefon: _____
_____	E-Mail: _____
_____	USt-IdNr.: _____

### Teilnahmeantrag

- Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb -

Projekt:	JE15018197
Leistung:	Erbringung von Baustrom- und Baubeleuchtungsleistungen

Ihre Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb vom 04.06.2026.

- Anlagen: ☒ vollständig ausgefüllte Bewerbungsunterlagen (diese Anlage)  
☒ Nachweise gemäß Anlage „Mindestbedingungen zur Eignung des Bieters“

1. Hiermit bewerbe(n) ich/wir mich/uns um die Teilnahme am Wettbewerb für die oben bezeichneten Leistungen.

2. Ich bewerbe mich/wir bewerben uns auf die folgenden Lose:

- ☐ Los 1  
☐ Los 2

3. Ich/Wir erkläre(n),

- ☐ dass ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).  
☐ dass ich/wir alle wesentlichen Leistungen, die nicht im „Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen“ bzw. „Verzeichnis der Unterauftragnehmer“ aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

4. Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns zugegangene Änderungen der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Gegenstand meines/unseres Teilnehmerantrages sind.

.....	.....	.....
(Ort)	(Datum)	(Name / ggf. Stempel und Unterschrift)

## 2. Erklärung der Bewerbergemeinschaft (falls zutreffend)

Hinweis: Die Erklärung ist von allen Mitgliedern durch eine bevollmächtigte Person abzugeben!

### **Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft (vom Bewerber/Bieter ggf. auszufüllen)**

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft,

#### **Bevollmächtigter Vertreter**

Mitglied \_\_\_\_\_

UST-ID: \_\_\_\_\_

#### **Weitere Mitglieder:**

Mitglied \_\_\_\_\_

UST-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

UST-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

UST-ID: \_\_\_\_\_

beschließen, im Falle der Aufforderung zur Verhandlung/ zur Angebotsabgabe eine Bietergemeinschaft zu bilden.

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

.....  
(Ort) (Datum) (Name, ggf. Stempel und Unterschrift)

.....  
(Ort) (Datum) (Name, ggf. Stempel und Unterschrift)

.....  
(Ort) (Datum) (Name, ggf. Stempel und Unterschrift)

### 3. Eigenerklärung zur Darstellung des Unternehmens [PL1]

Name des Unternehmens mit Rechtsform	
Anschrift / Sitz	
Gegenstand des Unternehmens	
Unternehmensstruktur (z.B. Muttergesellschaften, Konzernzugehörigkeit, Niederlassungen – ggf. Organigramm als <u>Anlage</u> )	
Ggf. Angaben zur zuständigen Niederlassung	



## **4. Eigenerklärung zur Tariftreue und Einhaltung des Mindestlohns [PL3]**

### **Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz**

Öffentliche Aufträge über Bauleistungen und andere Dienstleistungen sowie Dienstleistungskonzessionen vergibt die Freie und Hansestadt Hamburg gemäß § 3 des Hamburgischen Vergabegesetzes (HmbVgG) nur an Auftragnehmer, die sich bei Angebotsabgabe schriftlich, per Telefax oder in Textform mithilfe elektronischer Mittel dazu verpflichten,

1. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist (§ 3 Abs. 1 HmbVgG). Entsprechendes gilt für die Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.
2. ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der Leistung aber mindestens ein Entgelt nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen, soweit die Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
3. im Fall der Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dafür zu sorgen, dass die Verleiher den Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Entleihers (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
4. Soweit Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer zu verpflichten, den Nachunternehmern die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns aufzuerlegen (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

### **Der Auftragnehmer / Anbieter erklärt hiermit:**

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zur Einhaltung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

1. Im Falle der Auftragsausführung durch Beschäftigte eines Verleihers veranlasse ich / veranlassen wir, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern meines / unseres Unternehmens.
2. Im Falle der Übertragung von Leistungen auf Nachunternehmer verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, dem Nachunternehmer die Pflicht aufzuerlegen, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der für diesen öffentlichen Auftrag erforderlichen Leistung mindestens eine Vergütung in Höhe des Entgelts nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), zu zahlen. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden von mir / uns kontrolliert (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

3. Ich habe /Wir haben die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 HmbVgG in Verbindung mit dem MiLoG, sowie die möglichen Sanktionen gemäß § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Verpflichtungen aus § 3 Abs. 2 HmbVgG in der jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen (Vertragsstrafe, sofern vereinbart; fristlose Kündigung des Vertrages oder Rücktritt vom Vertrag) und bestätige/n dies mit meiner / unserer Unterschrift.

**Alternativ hierzu kann der Auftragnehmer erklären:**

- ☐ Ich erkläre hiermit, dass ich keine Mitarbeiter beschäftige und daher nicht an das Mindestlohngesetz gebunden bin.

.....

(Ort)

(Datum)

(Name / ggf. Stempel und Unterschrift)

## 5. Eigenerklärung zu Artikel 5 k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 [PL4]

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

### Bezeichnung des Vergabeverfahrens

#### / Auftrags:

tungen

Erbringung von Baustrom- und Baubeleuchtungsleistungen

### Geschäftszeichen des Auftraggebers:

JE15018197

### Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Name / ggf. Stempel und Unterschrift

*Wird diese Eigenerklärung nicht eingereicht, erfolgt ein Ausschluss des Teilnahmeantrags von dem weiteren Verfahren bzw. ein Ausschluss des Angebots von der Vergabe.*

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

*(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

*a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*

*b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*

*c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

*auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

*(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

*a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*

*b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*

*c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*

*d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*

*e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*

*f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

*(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

*(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

## **6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL7]**

1.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Sollte eine solche Erklärung nicht möglich sein, sind die erhobenen Vorwürfe, die ermittelnde Stelle sowie der Stand bzw. der Ausgang des Verfahrens kurz darzustellen.

2.) Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir meinen/ unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und – soweit erforderlich – Berufsverbänden und/ oder Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/ sind.

3.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann, wenn

- a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
- d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

4.) Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.

5.) Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

---

Ort, Datum

---

Erklärende Person

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen haben (§ 125 GWB). Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters an. Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 4 und in § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters ausgestellte Bescheinigung an.



## **7. Drei Referenzangaben für das Los 1 „Erzeugung & Integration Drittwärme“ [TL3A]**

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

(Bei Vorlage mehrerer Referenzen bitte Formblatt entsprechend duplizieren)

## **8. Drei Referenzangaben für das Los 2 „Wärmenetze & Dezentrale Erzeugung“ sowie „Engineering“ [TL3B]**

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

Auftraggeber	
Ausführungszeitraum	
Auftragsgröße -volumen und -menge	
Angabe über die erbrachte Leistung, Aufgabe und Funktion des Bewerbers	
Nennung der Verantwortlichen auf Seiten des Referenzauftraggebers mit Kontaktdaten	
Anzahl der am Projekt beschäftigten Mitarbeiter, ggf. besondere Qualifikationen des Bewerbers	
Angabe ggf. eingesetzter Nachunternehmer	

(Bei Vorlage mehrerer Referenzen bitte Formblatt entsprechend duplizieren)

**9. Eigenerklärung über die Auftragsabwicklung (gesamte Vertragsabwicklung einschließlich Dokumentation und Schriftverkehr) in deutscher Sprache [TL4]**

Bewerber:	
-----------	--

Ich erkläre/ wir erklären, dass wir im Fall der Auftragserteilung den kompletten Auftrag (einschließlich Dokumentation und Schriftverkehr) in deutscher Sprache abwickeln werden.

Ort/ Datum	
Erklärende Person	

## 10. Benennung von Nachunternehmern (falls zutreffend)

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige ich, für Teile des Auftrags, mich der Fähigkeiten von Unterauftragnehmern zu bedienen. Hierzu benenne ich nachfolgend die dafür vorgesehenen Teilleistungen und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer.

<b>Beschreibung der Teilleistung</b>	<b>Namen der Unterauftragnehmer</b> (erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle)

(ggf. weiteres Blatt verwenden)



## 11. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (falls zutreffend)

Bewerber:	
-----------	--

Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens:
---

### Verpflichtungserklärung

Ich/ wir verpflichte(n) mich/ uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber diesen mit den Fähigkeiten (Mittel/ Kapazitäten) meines/ unseres Unternehmens für den/ die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

Vorgelegte Erklärungen/ Nachweise für den Leistungsbereich:
---

Ort/ Datum	
Erklärende Person	

(Blatt bitte ggf. mehrfach ausfüllen)

## **12. Anlagen (vom Bewerber – neben diesen Bewerbungsunterlagen – beizufügen)**

- ☐ Aktueller Eintrag aus dem Berufs- oder Handelsregister [PL2]
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung einer Krankenkasse [PL5]
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes [PL6]
- ☐ Vorlage einer aktuellen Auskunft einer Geschäftsbank des Bewerbers über die wirtschaftlichen Verhältnisse, zur Kreditwürdigkeit und zur Zahlungsfähigkeit oder einer Wirtschaftsauskunft, z.B. Creditreform oder vergleichbar [WL1]
- ☐ Nachweis einer (Betriebs-) Haftpflicht-Versicherung im industrieüblichen Standard als Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden aufgrund oder im Zusammenhang mit der Durchführung der Lieferungen und Leistungen einschließlich Produkthaftung und erweiterter Produkthaftung mit einer Mindestdeckungssumme von EUR 5.000.000 pro Schadenereignis bei zweifacher Jahresmaximierung während der Laufzeit dieses Vertrags (einschließlich der Mangelhaftungsfrist) oder Erklärung, dass eine solche Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird [WL2]
- ☐ Aktuelles gültiges Zertifikat zu einem bestehenden Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001 oder über ein vergleichbares Zertifizierungssystem [TL1]
- ☐ Aktuelles gültiges Zertifikat zu einem bestehenden Arbeitsschutz- & Gesundheitsschutz-Managementsystem nach DIN ISO 45001 oder über ein vergleichbares System [TL2]
- ☐ Nachweis über die Eintragung in das Installateurverzeichnis des örtlichen Netzbetreibers am Standort Hamburg (z.B. Kopie Installateurausweis). Alternativ kann eine Eigenerklärung eingereicht werden, dass im Bedarfsfall ein Gastzugang beim örtlichen Netzbetreiber beantragt wird. [TL5]

- ❑ Nachweis über die Zulassung des Bewerbers, dass dieser an Verteilungen und Stützpunkten des örtlichen Netzbetreibers der Stadt Hamburg seine Baustromschränke anschließen und in Betrieb nehmen darf, inkl. Schaltberechtigung [TL6]